

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

**Stadt-
parteitag**

22. Oktober
Festsaal im Rathaus,
Zugang Prager Straße
Beginn: 9:30 Uhr
Eintritt frei

EDITORIAL



von Sarah Buddeberg

Mischt euch ein!

Liebe Genossinnen und Genossen, manchmal gerät es vielleicht ein wenig aus dem Blick: Wir haben die Freiheit, Dinge zu ändern. Wir dürfen uns zum Beispiel einmischen, wenn wir nicht mehr wollen, dass 26 Jahre nach der Wende die West-Löhne immer noch höher sind als die im Osten. Wir dürfen schreiben und sagen, dass sich von einem mickrigen Mindestlohn von 8,50 Euro niemand die vermeintliche Reisefreiheit leisten kann, die den Bürgerinnen und Bürgern der DDR so lange vorenthalten wurde. Und wir dürfen dagegen demonstrieren, dass Unsummen in Krieg und Waffen gesteckt wird, nicht aber in Bildung und soziale Gerechtigkeit. Wir haben außerdem die freie Wahl, Medien zu konsumieren, die nicht mit der Angst und den Vorurteilen der Menschen spielen.

Dass die Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist, wissen wir aus unserer eigenen Geschichte heraus und mit Blick auf andere Länder. Sollten wir deshalb nicht gerade jene Menschen willkommen heißen, die für ein freieres Leben ihr Land, ihre Familie, ihre Freunde verlassen haben?

Lautete im vergangenen Jahr das offizielle Motto der Einheitsfeier noch „Grenzen überwinden!“ müsste es deshalb nun heißen „Neue Grenzen einreißen!“. Diese neuen Grenzen sind aber keine Barrieren an den Landesgrenzen, es sind die Mauern in unseren eigenen Köpfen. Sie machen uns glauben, dass wir nur als private Menschen auf der Welt sind und dass man die Ungerechtigkeiten dieser Welt dadurch wieder los wird, indem man sie einfach per Fernbedienung vom Bildschirm verbannt. Es ist an uns, die Möglichkeit zu nutzen, um gegen Unrecht zu schreiben, zu reden und aufzustehen. Mischt euch ein!

Weniger Jubel, mehr Solidarität!

von Ralf Hron

Als am 3. Oktober 1990 die DDR dem Bundesgebiet beitrug, hatten die Menschen turbulente und ereignisreiche Monate hinter sich. Die neuen persönlichen Freiheiten wurden gierig ausprobiert. Allerdings änderte sich für uns Ostdeutsche das gesamte Lebensumfeld. Vor nichts machten die Veränderungen halt und es darf niemanden ernsthaft verwundern, dass die radikalen Umbrüche auch Angst und Unsicherheiten erzeugten. Bei vielen Menschen machte sich in den kommenden Jahren das Gefühl breit, übernommen worden zu sein. Sehr real führten die Änderungen vielfach zu echten Lebensbrüchen. Im Sozioökonomischen Panel sprechen fast die Hälfte der Ostdeutschen von Erfahrungen, „weniger Wert“ zu sein. Von der Bildung, der Krankenversicherung über die Rente bis zum Vereinsleben - alles änderte sich rasant! Vor allem das berufliche Leben veränderte sich mit dramatischer Konsequenz. Die ehemaligen Staatsbetriebe, nach der Währungsunion und Einführung der D-Mark auf einmal auf den sogenannten freien Markt losgelassen, kollabierten. Von ihren osteuropäischen Märkten abgeschottet, brache die zum Teil veraltete Industrie fast vollständig zusammen. Massenhafte Arbeitslosigkeit und eine tiefgreifende Verunsicherung wurde zur Grunderfahrung.

Das überforderte viele Menschen. Die neunziger Jahre der Konversion der Wirtschaft im Osten der Republik war u.a. bestimmt von der Auseinandersetzung um den Erhalt industrieller Kerne, die in Sachsen zu einem Grundpfeiler späterer ökonomischer Wiederbelebung wurden. Den Aufkauf von Unternehmen und Immobilien sahen viele Westdeutsche und später auch europäische Unternehmen eher als Kapitalanlage und Brücke in die künftigen Märkte. Ostdeutsche, die ihre Arbeit verloren, sahen in vielen Investoren auch gleichzeitig Okkupanten.

Die Möglichkeiten der „Dienstleistungsgesellschaft“ wurden beworben, gleichzeitig wurden jedoch mit niedrigeren Löhnen verlängerte Werkbänke eingerichtet. Andere machten sich im Zuge der erzwungenen beruflichen Umbrüche gezwungenermaßen selbstständig und bauten sich mit großem Enthusiasmus - und meist wenig Kapital - eigene kleine Existenzen auf. Die ostdeutsche Wirt-



Foto: wikipedia.org

schaft ist bis heute von einer riesigen Anzahl an Kleinbetrieben geprägt.

Es ist nicht verwunderlich, dass heute bei den PEGIDA Wutbürgerinnen nicht wenige Selbstständige, Facharbeitern und sogar Bildungsbürgern neben den Rechtspopulisten anzutreffen sind. Viele haben für ihre Lebensspanne die Nase voll vom permanenten Wandel. Sie sind enorm misstrauisch. Die vergangenen 27 Umbruchjahre sind nicht aufgearbeitet. Die dominierende politische Grundrichtung bestand seit 1990 in Abgrenzung zur Ideologie der DDR. Alles, was gegen den Turbokapitalismus, gegen die neoliberalen Ökonomen aufbegehrt, galt nun als politisch Links und somit verdächtig. So entstand politisch rechts außen sehr viel Platz, bis hin zu nationalistischen und rassistischen Tendenzen, welche erst ignoriert, später relativiert und denen bis heute eher hilflos begegnet wird.

Nicht vergessen werden darf jedoch, dass die Infrastruktur des Ostens mit riesigen Finanztransfers aus den Solidaritätsfonds und den Sozialversicherungen saniert und neu aufgebaut wurde. Diese Aufbauleistung wurde von allen Bürgerinnen und Bürgern erbracht und ist eine beeindruckende Solidaritätsleistung. Natürlich wurden mit dem Aufbau der Infrastruktur, dem Wohnungsbau und dem Sanieren von Altlasten riesige Gewinne gemacht. Steigende Mieten, dramatische de-

mographische Herausforderungen wegen Fachkräftebedarf und immense sozialen Spannungen, z.B. auf Grund einer nicht abgesicherten Alterssicherung, stehen vor uns. Die Rente ist angesichts des Absinkens auf 43 Prozent und gebrochener Erwerbsbiographien für viele Menschen im Osten extrem unsicher.

Ausgleichenden Solidarsysteme sind bitter nötig, denn natürlich beruht die heutige Form der Ökonomie auf Konkurrenz und Ungerechtigkeiten. Tarifliche Absicherung z.B. und damit Stabilität des Einkommens sind immer mehr Menschen die Ausnahme. Die Etablierung eines Niedriglohnssektors, der in Sachsen bis heute eine wichtige Rolle spielt und neue Formen der Ausbeutung wie Leiharbeit, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit werden zur Massenanwendung gebracht. Trotz besserer Arbeitsmarktlage gibt es langzeitarbeitslose Menschen. Der Vereinigungsprozess zeigt bei allen Widersprüchen aber auf, was unter ausgleichenden sozialen Bedingungen möglich ist. Der Weg heißt: Mehr Solidarität mehr Gerechtigkeit und dazu mehr sozialer und steuerlicher Ausgleich unseres Reichtums

Ralf Hron ist Regionsgeschäftsführer der DGB-Region Südwestsachsen und zuvor lange Jahre in gleicher Funktion in der DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal tätig

Zur Situation von Geflüchteten auf der griechischen Insel Lesbos

Europäische Abschottungspolitik und ihre Folgen

Seit fast einem Jahr machen sich Menschen aus Dresden auf den Weg, um Geflüchteten auf der Balkanroute, in Griechenland, Frankreich und anderen Ländern beizustehen. Ramona Sickert vom Sächsischen Flüchtlingsrat berichtet in ihrer Reportage über die verzweifelte Situation an der Außengrenze der Festung Europa.

In Ungarn wurde bereits im September 2015 ein Grenzzaun zu Serbien errichtet, andere Grenzen waren noch durchlässig. Wir kamen in der Stadt Preševo in der Nähe zur serbisch-mazedonischen Grenze im November 2015 an, kurz bevor in der Nacht vom 18. zum 19. November die Innenministerien Sloweniens, Serbiens, Mazedoniens und Griechenlands „Maßnahmen zur Verlangsamung, Steuerung und Kontrolle des Migrantenstroms“ ergriffen. Nach der teilweisen Grenzschließung sind wir im Dezember nach Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze gefahren. Auch dort war der Übertritt nur noch für Menschen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan möglich, teilweise war die Grenze aber auch komplett geschlossen. Das führte dazu, dass in Idomeni, direkt am Grenzzaun, immer mehr Menschen aus Athen ankamen, aber nicht weiter konnten. In Idomeni haben wir für zwei Wochen zusammen mit Geflüchteten täglich für mehrere tausend Menschen Tee gekocht, Essen verteilt und versucht, warme Kleidung, Decken und Zelte zu organisieren. Das Essen hat häufig nicht für alle gereicht, an Zelten und Decken war nie genug Vorrat vorhanden. Nach der ersten und vollständigen Räumung des Lagers in Idomeni Ende Dezember 2015 haben wir uns auf den Weg nach Chios gemacht. Auf der Insel nahe der türkischen Grenze kamen im Winter noch sehr viele Schutzsuchende mit Booten an, denen wir an Land geholfen und für die wir gekocht haben.

Die letzte Fahrt führte uns nach Lesbos, eine in der nördlichen Ägäis gelegene Insel in Sichtweite zur türkischen Küste. Als im Sommer 2015 täglich hunderte Menschen mit Booten landeten, wurde sie zum Symbol der sogenannten „Flüchtlingskrise“ und stand im Blick der internationalen Presse. Der EU-Türkei-Deal verhindert es nicht, dass sich auch ein Jahr später fast täglich Schutzsuchende von der Türkei aus auf den gefährlichen Weg nach Lesbos begeben. Im Sommer 2016 ist der „Hotspot“ Moria bereits seit längerem hoffnungslos überfüllt, Geflüchtete schlafen teilweise auf der Straße, am Strand, in den kargen Wäldern. Moria bildet einen ursprünglich als Erstaufnahme- und Registrierungszentrum geplanten „Hotspot“, der nicht nur durch den Stacheldraht, die Überwachungskameras und Flutlichtscheinwerfer wie ein Gefängnis wirkt. Geflüchtete dürfen das Lager in den ersten Wochen tatsächlich nicht verlassen, durch die langen Wartezeiten, die ausbleibende Umverteilung und die katastrophale Versorgung herrschen tatsächlich Haftbedingungen in dem Lager. Daneben gibt es mit dem vorrangig für Familien vorgesehenen KaraTepe ein weiteres Lager auf Lesbos.

Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, in den „Hotspots“ als Volunteers zu helfen, das heißt nach einer offiziellen behördlichen Registrierung hinter Stacheldraht neben Polizei und Frontex-Offizieren bestimmten Regeln



Etwa 7.000 Menschen werden an der griechisch-mazedonischen Grenze festgehalten. Idomeni im Winter 2015/2016

zu folgen und Aufgaben zu übernehmen. Wir haben entschieden, abends nicht in Pensionen oder Hotels zu fahren, wo es Essen, Duschen und geheizte Zimmer gegeben hätte, sondern bei den Menschen zu bleiben. Zu bleiben und dazusein, wenn die Verzweiflung am größten ist. Nachts am Feuer in der Kälte von Idomeni, mit Blick auf den geschlossenen Grenzzaun.



Boote kommen an. Chios im Winter 2015/2016

Während der Nachtschicht am Wasser in Mytilini auf Lesbos, bei Erzählungen über gekenterte Boote und ertrunkene Kinder, während Frontexschiffe im Wasser der Ägäis kreuzten. Wir haben uns einer der verschiedenen selbstorganisierten Gruppen angeschlossen, die auf Lesbos Support für Geflüchtete leisten. Zusammen mit Geflüchteten haben wir in der NoBorder-Küche gekocht und Essen und Trinkwasser an diejenigen Menschen verteilt, die außerhalb der Lager ohne jegliche Versorgung leben.

Immer wieder begeben sich Geflüchtete auf Lesbos in die Hafenstadt Mytilini, um gegen die Unterbringung in Zelten hinter Stacheldraht, das monatelange Warten in Ungewissheit, gegen schlechte Essensversorgung und tagelange Wasserknappheit zu protestieren. Im Lager selbst gab es häufig Hungerstreiks, Tumulte und kleinere Brände. Mitte September hat sich die Situation auf der Insel erneut verschärft. Wie zuvor schon auf der Nachbarinsel Chios wurden rassistische Demonstrationen gegen Geflüchtete organisiert, an denen auch Mitglieder der rechtsextremen Partei

„Goldenen Morgenröte“ teilnahmen und bei denen drei junge Frauen angegriffen und verletzt wurden. Am Abend des 19. September schließlich begann es im Lager Moria zu brennen, in der folgenden Nacht geriet die Lage außer Kontrolle. Fast 5000 Menschen waren gezwungen das Lager zu verlassen, viele wurden verletzt oder verloren ihre letzte persönliche Habe.

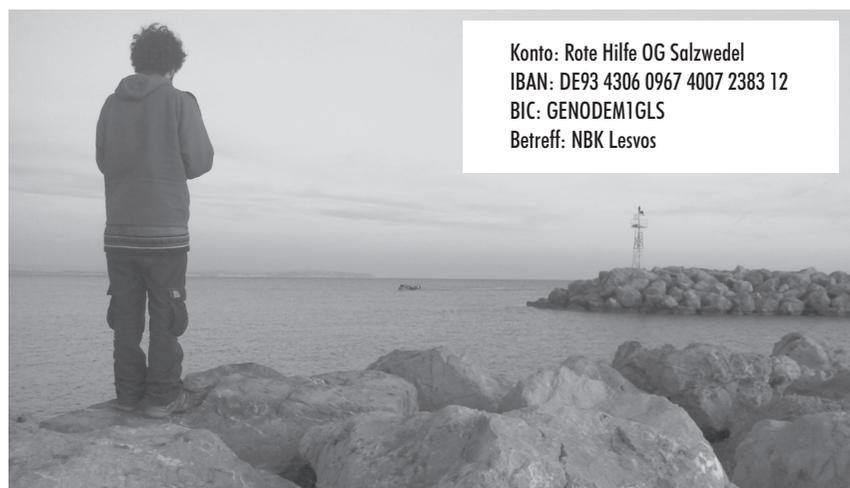
Auf den Straßen um das Lager wurden sie von einer gewalttätigen, rassistischen Menge bedroht und angegriffen. Nur wenige Menschen haben sich in dieser Nacht auf den Weg gemacht, um den Schutzsuchenden beizustehen. Die Hilferufe, die uns in dieser Nacht aus Moria erreichten, sind erschütternd. Mittlerweile wurden fast einhundert unbegleitete

minderjährige Geflüchtete aus Moria auf das griechische Festland gebracht, ein Teil der Menschen aus Moria soll in Hafen von Mytilini auf einer Fähre untergebracht werden. Andere sind in das zu 80% verbrannte Lager zurückgekehrt.

In ganz Griechenland sitzen mittlerweile fast 60.000 Schutzsuchende ohne Perspektive fest. Um den Menschen eine Perspektive zu geben, bedarf es politischer Lösungen auf Bundes-, auf europäischer Ebene und - mit Blick auf Fluchtursachen in den Herkunftsländern - genauso auf globaler Ebene. Die Hoffnungen darauf sind angesichts verschärfter Asylgesetze, eines exkludierenden „Integrationsgesetzes“ und immer neuer Pläne zur Abschottung der Grenzen sehr gering. Der unsägliche EU-Türkei Deal gilt mittlerweile als Vorbild für zukünftige Deals mit Ägypten, Libyen und anderen Ländern. Die vor etwa einem Jahr beschlossenen Relocation-Pläne der EU werden nur schleppend umgesetzt; zudem schließen sie Menschen aus dem Irak und aus Afghanistan aus. An den Außen- und Innengrenzen werden weitere Stacheldrahtzäune und noch höhere Mauern errichtet und Menschen auf neue noch gefährlichere Fluchtrouten über das Mittelmeer gezwungen. Wöchentlich ertrinken Schutzsuchende auf der Flucht im Mittelmeer; das Elend in den Flüchtlingslagern ist unbeschreiblich. Diese Lager gibt es nicht nur in Griechenland, sondern auch in Calais an der französischen Küste, in Horgos an der serbisch-ungarischen Grenze, in Ventimiglia an der italienisch-französischen Grenze, auf Sizilien und anderswo.

Wir werden uns immer wieder auf den Weg an diejenigen Orte machen, an denen Geflüchtete unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen und unter den Auswirkungen der europäischen Abschottungspolitik leiden. Wir werden ihnen erneut mit Respekt und in Solidarität begegnen, ihnen Mut und Hoffnung geben, mit ihnen zusammen Zelte aufbauen, Proteste organisieren, kochen, lachen und weinen. Die No-Border-Küche auf Lesbos kocht täglich für mehrere hundert Menschen. Sie ist auf Geldspenden angewiesen.

Konto: Rote Hilfe OG Salzwedel
IBAN: DE93 4306 0967 4007 2383 12
BIC: GENODEM1GLS
Betreff: NBK Lesbos



Boote kommen an. Chios im Winter 2015/2016

Fotos: Ramona Sickert

Auf die Nichtwähler kommt es an

Ob Wahlen etwas ändern können, darüber wird seit fast 100 Jahren in der politischen Linken gestritten. Sicher scheint aber eines zu sein: Wahlen sind ein Spiegel realer politischer Veränderungen in der Gesellschaft und bestimmen insofern nicht unwesentlich den Spielraum linker Politik.

von Jens Matthis

Aus der Sicht der LINKEN fanden die Landtagswahlen 2016 in der psychologisch günstigen Reihenfolge statt. Im Frühjahr die vorhersehbare Misserfolge in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und der herbe Rückschlag in Sachsen-Anhalt. Im September dann zunächst der Misserfolg in Mecklenburg-Vorpommern und zwei Wochen später der große Erfolg in Berlin. Dieser wird DIE LINKE nun ins Bundestagswahljahr 2017 begleiten und die nötige Wahlkampf motivation geben. Die Republik redet von Rot-Rot-Grün in Berlin, vorerst nur in der Hauptstadt selbst, spekuliert wird aber auch schon über den Bund. Sogar von einem Signal war am Wahlabend die Rede. Nun, es ist zu hoffen, dass der Berliner Erfolg der LINKEN tatsächlich Rückenwind gibt. Vor einer allzu optimistischen Erwartung für das Jahr 2017 sei hier jedoch gewarnt.

Schaut man sich die drei ostdeutschen Landtagswahlen des Jahres in der Gesamtschau an (Diagramm) stellt man zwischen den drei Wahlen Gemeinsamkeiten und Unterschiede fest.

einer faktischen Parität beider „Lager“, während es in Sachsen-Anhalt nunmehr eine satte Mehrheit rechts der Mitte gibt. Das Wort „Rechtsruck“ ist also leider in allen Ländern sehr gerechtfertigt.

3. Das Bemerkenswerte ist dabei, dass der Wahlerfolg der AfD buchstäblich „aus dem Nichts kommt“, das heißt, das die Wählerschaft der AfD zum allergrößten Teil nicht von den anderen Parlamentsparteien „abgewandert“ ist. Das entspricht zwar nicht ganz dem allgemeinen Erklärungsmuster der Wahlkommentator*innen, die nicht müde wurden, insbesondere die Vertreter*innen der LINKEN mit der These zu konfrontieren, die AfD habe ihre Wähler*innen scharenweise vor allem der LINKEN abgespenstig gemacht. Tatsächlich kommen laut der Wählerstromanalyse von infratest-dimap ca. 60% der AfD-Wähler*innen aus der Erst- und Nichtwählerschaft, von der NPD und den Splitterparteien. Menschen mit tendenziell rechten Einstellungen oder/und rassistischen Ressentiments, die sich bisher nicht repräsentiert fühlten,

Wo sind die AfD-Wähler von 2016 hergekommen?					
AfD-Wähler*innen waren zuvor	Ba-Wü	Rh-Pf	S.-A.	M.-V.	Berlin
Nichtwähler*innen oder noch nicht wahlberechtigt	30,1%	34,0%	38,9%	34,7%	31,5%
CDU- oder FDP-Wähler*innen	25,7%	21,6%	16,1%	13,2%	18,5%
DIE LINKE- Wähler*innen	2,7%	4,5%	10,3%	9,6%	5,2%
SPD- oder Grüne-Wähler*innen	19,8%	16,7%	8,4%	10,8%	12,1%
Wähler*innen anderer Parteien (NPD, Splitterparteien)	18,6%	16,8%	19,8%	25,1%	25,0%
(vonaufwärtsbezogen)	3,1%	7,5%	5,5%	6,6%	7,8%

Quelle: infratest dimap

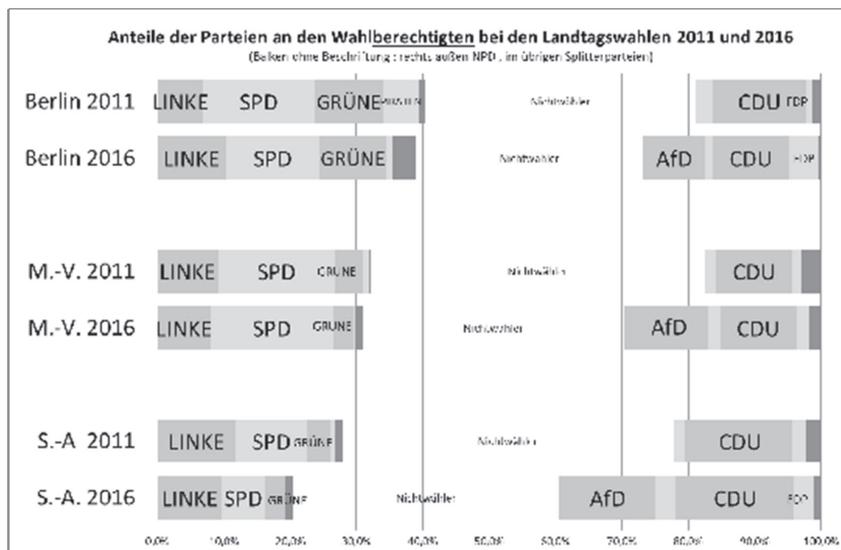
und Grünen deutlich ausbauen. Die Berliner LINKEN hatten offensichtlich eine Sogwirkung in verschiedene linke Milieus. Sie gewannen ein Drittel ihrer Wähler*innen (!) zu ungefähr gleichen Teilen von SPD, Grünen und Piraten. Zu welchen Teilen das der guten Oppositionspolitik der letzten Jahre bzw. der gelungenen Wahlkampagne geschuldet war, kann dahingestellt bleiben, auf jeden Fall war es die richtige Botschaft und ist insofern beispielgebend. Natürlich vergrößern Gewinne aus dem „linken Lager“ im Allgemeinen nicht die Chancen von Rot-Rot-Grün als Solches, aber sie erleichtern es der LINKEN, gestärkt und selbstbewusst in rot-rot-grüne Projekte zu gehen oder aber Opposition zu machen. Bemerkenswert ist dabei vor allem, dass der Erfolg der LINKEN vor allen durch gewaltige Zuwächse (teilweise bis auf das 2,5fache) in den Westberliner Bezirken errungen wurde, während die Entwicklung in Marzahn-Hellersdorf eher den Mecklenburger Verhältnissen ähnelt.

5. Schaut man sich über alle fünf Länder an, woher die LINKEN-Wähler*innen kommen, stellt man fest, dass die Stammwähler*innen mit der Hälfte bis Zweidrittel die mit Abstand wichtigste Gruppe sind, danach folgen in der Regel die Erst- und vormaligen Nichtwähler*innen, nur in Berlin wurde diese Gruppe von den vormaligen Wähler*innen anderer linker Parteien überholt, welche ansonsten an dritter Stelle unter den erschließbaren Wählerpotenzialen der LINKEN stehen. Vormalige Wähler*innen aus dem „anderen Lager“, also von CDU, FDP oder NPD spielen hingegen als Wählerpotenzial keine nennenswerte Rolle. Strategien, die in erster Linie darauf abzielen, der CDU ihre Wählerschaft abgespenstig zu machen, dürften deshalb auch in Zukunft wenig erfolgreich sein. Wenn hingegen 15-25% der vormaligen LINKEN-Wähler*innen zu SPD, Grünen oder ins Nichtwählerlager „abwandern“, deutet das auf Potenzial hin, was mit guter Politik auch gehalten werden könnte. Dass es hingegen möglich ist, „Abwanderer*innen“ zu CDU oder AfD aufzuhalten, darf aller Lebenserfahrung nach bezweifelt werden.

6. Es steht die Frage im Raum, was im Rahmen von Wahlkampagnen zu tun sei gegen das Erstarken der AfD und den damit verbundenen allgemeinen Rechtsruck. Eine „Rückgewinnung“ der AfD-Wähler*innen wird oft postu-

liert, scheint aber bei realistischer Betrachtung wenig aussichtsreich (schon deshalb, weil die meisten AfD-Wähler*innen, wie oben dargestellt, gar nicht von der LINKEN kommen und daher auch nicht „zurückgewonnen“ werden können.). Man könnte theoretisch auch darauf warten, dass das Wählerpotenzial der AfD infolge von „Abnutzung“ und „Entzauberung“ von allein wieder zurückgeht. Aber abgesehen davon, dass damit kurzfristig nicht zu rechnen sein dürfte, wäre das eine sehr defensive Strategie. Die einzige einigermaßen realistische Alternative scheint vielmehr darin zu bestehen, den Versuch zu unternehmen, einen Teil der immer noch 30% bis 40% Nichtwähler*innen zu erreichen, um so das „linke Lager“ absolut zu vergrößern. Dieser eher „linke Teil des Nichtwählerlagers“ fühlte sich ja durch die AfD offenbar gerade nicht angesprochen, allerdings bisher leider auch nicht durch DIE LINKE.

7. Angesichts des allgemeinen Rechtsruckes scheint eine rot-rot-grüne Mehrheit auf Bundesebene noch viel weniger wahrscheinlich als bisher, erinnert sei daran, dass bei der letzten Bundestagswahl nur das knappe Scheitern von FDP und AfD an der 5%-Hürde zu einer solchen (knappen) parlamentarischen Mehrheit führte. Die (noch) mögliche RRG-Koalition im traditionell sehr viel „linkeren“ Berlin zu einem Modellfall für den Bund hochzureden, scheint angesichts dessen von einer extragroßen Portion Optimismus zu zeugen. Berlin taugt allenfalls als Modell für Großstädte und Ballungsräume. Relativ kurzfristig muss in einer strategischen Debatte jetzt die Frage beantwortet werden, ob das Heraufbeschwören einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene geeignet ist, tatsächlich viele bisher unerreichte Nichtwähler*innen zu mobilisieren, oder ob umgekehrt eine zu große Nähe zu SPD und Grünen eher demobilisierend auf die linke Wahlklientel wirkt. Von der richtigen Antwort wird viel abhängen.



1. In allen drei Ländern verfügten die Parteien im politischen Spektrum links der Mitte (DIE LINKE, SPD, Grüne, Piraten) 2011 über deutliche Mehrheiten. Bekanntlich wurde diese nirgends zur Regierungsbildung genutzt, in allen drei Ländern regierten Koalitionen aus SPD und CDU. In allen drei Ländern verlor das linke politische Spektrum 2016 an Wählerunterstützung, in Sachsen-Anhalt im Frühjahr ca. ein Viertel der Stimmen, in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hingegen jeweils nur geringfügig.

2. Allen Ländern gemeinsam ist, dass die Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums in ihrer Gesamtheit 2016 einen vergleichsweise riesigen Wählerzuwachs verzeichnen konnten. Dieser Wählerzuwachs drückt sich neben einem beachtlichen Wahlerfolg der FDP vor allem im Stimmenergebnis der AfD aus, die aus dem Stand zwischen 10% und 15% der gesamten Wahlbevölkerung erreichte. Im Ergebnis ist die politische Mehrheit links der Mitte in Berlin deutlich geschwunden, in Mecklenburg-Vorpommern kam es zu

haben in der AfD eine politische Repräsentantin gefunden (siehe Tabelle). Die hoch gelobte gestiegene Wahlbeteiligung geht dabei zum allergrößten Teil auf das Konto der AfD. Natürlich gibt es auch Wähler*innen, die von der LINKEN zur AfD gewechselt sind, aber es spricht einiges dafür, dass es sich dabei nicht um vormalige LINKEN-Stammwähler*innen handelt, sondern um politisch indifferente Protestwähler*innen, die 2011 mangels wählbarer rechter Alternative für die LINKEN stimmten. Aber wahlentscheidend war die letztere Gruppe sicher diesmal nicht.

4. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den drei Landtagswahlen besteht hinsichtlich des Kräfteverhältnisses innerhalb des linken Parteienspektrums. Während in Sachsen-Anhalt alle Parteien im linken Spektrum verloren, konnte in MV die SPD unter Ministerpräsident Selloering ihre Position zu Lasten von LINKEN und Grünen verbessern. Demgegenüber konnte in Berlin DIE LINKE (bei niedrigeren Ausgangsniveau) ihre Position zu Lasten von SPD



Jens Matthis ist Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE Dresden

Kurzinfos

Landesparteitag

Der Landesparteitag ist das höchste politische Organ der LINKEN in Sachsen. Er berät und beschließt über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen - also vom Wahlprogramm bis zu Finanzfragen.

Der Landesparteitag (im Parteideutsch auch „LPT“ abgekürzt) besteht aus 160 beschließenden Delegierten aus den Stadt- und Kreisverbänden (davon demnächst 22 Delegierte aus Dresden, entsprechend der Mitgliederanzahl), 24 Delegierte durch Landesweite Zusammenschlüsse, 8 Senior/innen und 8 Delegierten vom Landesjugendtag. Darüber hinaus gibt es noch einige beratende Delegierte. Auch (Neu) Mitglieder können als Gast am Landesparteitag teilnehmen, da er (wie alle Parteiveranstaltungen) öffentlich stattfindet.

Übrigens, auf der am 29.04.2017 ebenfalls stattfindenden Landesvertreter/innenversammlung wird die Landesliste mit Kandidat/innen für die Bundestagswahl gewählt. Mit Ausnahme von gewonnenen Direktmandaten, ziehen die Kandidat/innen (entsprechend des Wahlergebnisses) über die Landesliste ins Parlament ein. Auf Parteitag und Vertreter/innenversammlungen haben also die dorthin entsendeten Genoss/innen das Sagen und stellen sicher, dass die Entscheidungen demokratisch im Sinne der Mehrheit der Partei getroffen werden. Für Neumitglieder wirkt so eine Veranstaltung manchmal etwas undurchsichtig, aber gerade bei (Partei)Wahlen schwingt häufig eine Brise Nervenkitzel mit!

Gratulation: Jens Matthis zum Fünfzigsten

Ein halbes Jahrhundert

von Katja Kipping

Viele ältere Genossinnen und Genossen mögen vielleicht lächeln, ob einer Gratulation zu „jugendlichen“ 50 Jahren. Aber für uns Jüngere ist die „Fuffzich“ natürlich noch allemal ein Grund zur Ehrfurcht. Und dass Jens nun schon ein halbes Jahrhundert auf Erden weilt, mag ich gar nicht richtig glauben. 28 Jahre alt war er, der damalige Schatzmeister des Jugendvereins „Roter Baum“ e.V., als ich ihn kennengelernt habe und er hat bis heute nichts von jener - oft schelmischen - Gutmütigkeit eingeübt, die mir von Anbeginn gefiel.

Als Hüter der Finanzen war er für uns junges Gemüse damals sehr wichtig, denn natürlich war für vieles, was wir an Aktivitäten planten auch Geld von Nöten. Und so freigiebig, wie er mit seinem eigenen Geld umging, so streng achtete er auf die Finanzen des Vereins. Bekommen haben wir trotzdem meist, was wir brauchten, weil wir schnell lernten, dass man ihm nicht mit halbgaren, windigen Ideen zu kommen brauchte und es deshalb auch gar nicht erst versuchten. Das hatte schon etwas erzieherisches, allerdings wirkte es nie belehrend.

Der Stadtverband, der Landesverband und auch die Bundespartei hatte und hat in Jens einen der klügsten und dabei auch fröhlichsten Genossen, was nicht heißt, dass man sich an ihm nicht reiben kann - ganz und gar nicht. „Was geht der mir manchmal auf den Senkel, mit seiner Hartnäckigkeit“ verriet mir vor einigen Jahren ein Genosse und fügte hinzu: „Der Problem ist nur, dass er fast immer Recht hat.“ Nun - es gibt schlimmere Probleme, finde ich!

Dabei ist er wirklich ein fröhlicher Mensch. Seit über dreißig Jahren sein Leben aufs engste mit unserer nicht ganz einfachen Partei zu verknüpfen und dabei nicht den Humor zu verlieren, sondern mit oft pointierten Bemerkungen auf Fehler oder Merkwürdigkeiten hinzuweisen und damit Situationen zu entkrampfen - dies kann man nicht genug würdigen.

Ich wünsche - und ich denke, da spreche ich im Namen vieler Genossinnen und Genossen - Jens alles Gute und unserer Partei noch mindestens fünfzig weitere Jahre mit ihm!



Foto: Elke Jähnicke

Gründung einer AG Bildung in Dresden

von Anna Holowenko

Das neue Schuljahr hat begonnen und wo man auch hinsieht, zeigen sich Mangel und Chaos an den sächsischen Schulen. Dagegen müssen wir als LINKE etwas tun! Wir sollten unsere Kompetenzen in diesem Bereich bündeln und dem Thema Bildung zu einem höheren Stellenwert innerhalb unserer Partei verhelfen - d.h. vor allem die parlamentarische Arbeit durch unser Fachwissen von vor Ort bereichern und stärken, sowie durch die Fachpolitiker*innen reale Hilfe erfahren.



Foto: knipsr5 / pixello.de

Für das erste Vernetzungstreffen sind alle Interessierten aus Dresden und Umgebung eingeladen: Lasst uns zusammen überlegen, was wir tun können um gemeinsam noch effizienter gegen die Missstände an unseren Schulen zu kämpfen! Wer an der Bildung spart, wird am Ende teuer dafür bezahlen! Längerfristig soll auch eine ‚Landesarbeitsgemeinschaft Bildung‘ etabliert werden. Aber zunächst wollen wir uns mit der Situation in Dresden beschäftigen.

Mittwoch, 02. November | 18 Uhr | Haus der Begegnung, Empore

Veranstaltungstipp

Wie der Staat die Kirchen finanziert. Eine kritische Bilanz mit Dr. Carsten Frerk, Rico Gebhardt und André Schollbach.

Die Kirche und die Kassen

4. November

Kulturthaus Dresden, Königstraße 15
Beginn: 19 Uhr, Eintritt freiDIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

www.linksfraktion-sachsen.de

Indien

Wer das Fremde kennt,
muss es nicht fürchten

Indien - ein Land voller Gegensätze, voller Faszination, voller Herausforderungen. Das Leben und Sein in einer Welt oft fernab von Luxus und finanziellem Reichtum, dennoch gefüllt mit Wärme, Freundlichkeit und Zufriedenheit Claudia Jobst, Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN Sachsen, berichtet von ihren beiden Reisen in diese doch so andere Welt. Vor allem für sie als Frau war es eine bewegende und besondere Zeit. Einen kleinen aber feinen kulinarischen Beitrag möchte die Vortragende Claudia Jobst euch & Ihnen natürlich nicht verwehren! Der Reisebericht ist Teil der Reihe „Reiseberichte im HdB - Wer das Fremde kennt muss es nicht fürchten“. Bisher hörte und sah man Berichte über die Transsibirische Eisenbahn, Vietnam und den Kaukasus.

24. Oktober | 17 Uhr | HdB



Foto: Claudia Jobst



Teure Selbstinszenierung einer Staatspartei

von Kevin Reißig

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert regiert die CDU den Freistaat. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen sie Steuermittel für ihre parteipolitische Profilierung nutzt. Das ruft ebenso regelmäßig den LINKEN-Abgeordneten André Schollbach auf den Plan, der dann von der Staatsregierung Stellungnahmen einfordert. Immer öfter muss darum kämpfen, dass seine Kleinen Anfragen vollständig beantwortet werden. Denn im Moment des Verdachts hüllt sich die neue Staatspartei verschämt in Schweigen.

Den Wasserfluten von 2013 folgte im Freistaat die Orden-Flut. Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) verlieh zwischen 2013 und 2015 in 38.433 Fällen den „Sächsischen Fluthelferorden“. Klar, auch die Linksfraktion achtet das Engagement der vielen Helferinnen und Helfer, die sich im Kampf gegen die Schlamm- und Wassermassen verdient gemacht haben. Fraglich ist für Schollbach allerdings, ob es der massenhaften Vergabe von Orden bedarf, um ihre Leistung zu würdigen. Schließlich nütze die Orden-Flut vor allem der CDU-geführten Staatsregierung, deren Vertreter die Auszeichnungen in öffentlichen Veranstaltungen verleihen konnten, mit Pomp und zahlreich anwesender Parteiprominenz.

Die Herstellung der Orden verursachte Kosten in Höhe von 268.619 Euro, zu tragen durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Auch Lutz Bachmann, ein mehrfach vorbestrafter Krimineller, wurde ausgezeichnet. Als Schollbach von der Regierung wissen wollte, wer den Flutorden neben ihm noch erhalten hat, zeigte man ihm zwar die Listen, verbot aber deren Veröffentlichung. Dagegen wehrt er sich vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof, weil ihn die CDU-geführte Regierung in seiner Arbeit als Oppositionsabgeordneter behindert, wenn sie mittels angeblich vertraulicher Informationen einer öffentlichen Diskussion ihrer Entscheidungen ausweicht.

Diese Taktik verfolgt sie auch in einem weiteren Fall von peinlicher Selbstinszenierung, für den ebenfalls ein sechsstelliger Betrag aufgewendet worden ist: die Veröffentlichung der Tagebücher des Ex-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (ebenfalls CDU). Für



Über 300.000 Euro an Steuergeldern stecken in den Bänden der Biedenkopf-Tagebücher

ihre Aufbereitung flossen 307.900 Euro aus der Staatskasse an die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Rechtfertigung: „staatspolitisches Interesse“, man wolle die Memoiren „einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen“. Deren Begeisterung blieb freilich aus, denn Biedenkopfs eitle Selbstbeweihräucherung hat einen recht überschaubaren Unterhaltungswert (Kostprobe: „Jetzt kann ich in Deutschland und Europa eine wichtige Rolle spielen. Die Menschen werden die Kraft spüren“). Bis Ende 2015 wurden von beiden Bänden jeweils weniger als 1.000 Exemplare verkauft – inklusive zahlreicher Tagebücher, die Biedenkopf selbst erwarb und dann verschenkte, etwa an die Abgeordneten des Landtages.

Zur Rolle von Ministerpräsident Tillich auf dem Weg zu diesem publizistischen Rohrkrepiierer ist Streit zwischen dem heutigen und dem früheren Regierungschef entbrannt. Zunächst dankte Biedenkopf seinem Nachfolger schon im Tagebuch-Vorwort für dessen Entscheidung, „die Publikation des Tagebuches zu seiner Sache“ zu machen. Die Staatskanzlei ließ Schollbach auf dessen Nachfrage, wie das konkret abgelaufen sei, nur wissen, Tillich sei Biedenkopfs Wunsch nach einer Aufbereitung und Publikation der Erinnerungen „bekannt“ gewesen. Der Abgeordnete zog auch in dieser Sache vor Gericht,

um genauere Auskünfte zu erstreiten; in diesem Fall ist ebenfalls im Laufe des Jahres mit einem Urteil zu rechnen.

Interessanterweise erzählte Biedenkopf der „Sächsischen Zeitung“ zwischenzeitlich in einem Interview, das Tagebuchprojekt sei „ein Projekt des Freistaates“; Tillich habe es anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Freistaates selbst vorgeschlagen. Das widerspricht der Aussage der Staatskanzlei, Tillich sei lediglich Biedenkopfs Wunsch bekannt gewesen. Der Alt-Regierungschef wörtlich: „Das Land sollte die Kosten für die Bearbeitung und die Veröffentlichung der Texte und den Erwerb der Rechte übernehmen. Die Kosten für die Neuauflage des ersten Bandes haben wir selbst übernommen. Inzwischen lehnt der Ministerpräsident die weitere Erfüllung unserer Vereinbarung ohne Begründung ab. Hätten wir das gewusst, hätten wir Tillichs Angebot nie angenommen“. Die Staatskanzlei widerspricht in ihrer Antwort auf eine weitere Nachfrage Schollbachs: Tillich habe Biedenkopf keineswegs ein Angebot gemacht; es seien mit Biedenkopf auch keine Vereinbarungen getroffen worden, „aus denen sich eine Verpflichtung zur Publizierung von dessen Tagebüchern ergibt“. Umso spannender ist nun der Ausgang des Organstreitverfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof.

Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

Mit Stadtrat
Andreas Naumann
30. September
15 bis 17 Uhr
Konsum Spitzwegstraße

Mit Stadtrat
Hans-Jürgen Muskulus
07. Oktober
8 bis 10 Uhr
Lingnermarkt

Mit Piraten-Stadtrat
Martin Schulte-Wissermann
10. Oktober
17 bis 19 Uhr
Scheunevorhof

Mit Stadträtin
Jacqueline Muth
11. Oktober
15 bis 17 Uhr
Jorge-Gomondai-Platz

Mit Stadträtin
Anja Apel
12. Oktober
15 bis 17 Uhr
Käthe Kollwitz Platz

Mit Piraten-Stadtrat
Norbert Engemaier
13. Oktober
14 bis 16.30 Uhr
SLUB

Mit Stadträtin
Rica Gottwald
14. Oktober
9 bis 11 Uhr
Lingnermarkt

Mit Stadträtin
Rica Gottwald
15. Oktober
11 bis 13 Uhr
Prager Straße

Weitere Termine folgen im November!

Zirkusreif: wie Baulöwen mit Baupreisen jonglieren

von Tilo Wirtz

Wer im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau gelegentlich Projektentwickler wohlwollend darauf hinweist, dass die ins Auge gefassten Mieten oder Preise für Wohnungen für die meisten Menschen in Dresden unerschwinglich sind, erntet auch schon mal die Replik, dass die Politik ja schuld sei an der Preisexplosion. Immer neue Regulierungen, Standards und Vorschriften würden das Bauen unbezahlbar machen und überhaupt dieser ganze Irrsinn mit der Energieeinsparverordnung und der Dämmerei gehöre abgeschafft, die Normen entrümpelt, die Baustandards gesenkt und Stellplätze würden auch keine mehr gebraucht, da die Leute ja keine Autos mehr hätten, davon würde man auch gerne befreit werden. Tatsache sei ja nun, dass die Baukosten seit 2002 um über vierzig Prozent gestiegen seien! An dieser Stelle lehnen sich die sprichwörtlichen Immobilienhaie zurück, lassen ihre Worte wirken und verschränken die Arme über dem Bauch, wobei der zurück rutschende Ärmel des Designersakos die goldenen Manschettenknöpfe und am Handgelenk eine Uhr im Gegenwert einer Jahreswarmmiete freilegt.

Jammern ist der Gruß der Kaufleute

Ein altes levantinisches Sprichwort sagt „Jammern ist der Gruß der Kaufleute“. Deshalb ist angeraten, Behauptungen zu Baupreisen auf ihren Realitätsgehalt zu prüfen. Denn die Gefahr des Mitnahmeeffektes und der Erhöhung der Gewinnmarge ist gegeben, wenn den vollmundig vorgetragenen Forderungen der Immobilienlobby einfach nachgegeben wird. Beschäftigen wir uns zunächst mit dem Baupreisindex (Abbildung Baupreisindex für Sachsen). Zunächst ist durchaus wahr, dass der Baupreisindex auf Basis des Jahres 2002 bis 2014 um

über vierzig Prozent gestiegen ist. Nicht zu leugnen. Aber: Unterschlagen wird dabei blauäugig, dass im Zuge der Baukrise von 1995 bis 2002 die Baupreise zunächst um fast zwanzig Prozent gefallen sind! Wird als Basisjahr der Betrachtung also 1995 gewählt, resultiert noch eine durchschnittliche Erhöhung der Baupreise nominal etwas über zwanzig Prozent. Und zwar zwanzig Prozent in zwanzig Jahren und nicht vierzig Prozent in fünfzehn Jahren. Zum Vergleich, die Verbraucherpreisinflation lag in der gleichen Zeit bei 34 Prozent. Das bedeutet, dass die Entwicklung der Baupreise sogar über zehn Prozent unter der Inflationsrate lag. Deshalb können Baupreissteigerungen als Rechtfertigung für Exzesse am Wohnungsmarkt nicht verantwortlich gemacht werden. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Wohnungsneubauten in Dresden im Wesentlichen bis 1997 erstellt worden sind, die niedrigen Baupreise im ersten Jahr-

zehnt nach 2000 also nicht relevant für den Markt sind, da in dieser Zeit kaum neue Wohnungen errichtet wurden. Begründet werden die behaupteten Baupreissteigerungen oft mit den Anforderungen an den Wärmeschutz in Verbindung mit Maßnahmen zur Energieeffizienz von Gebäuden.

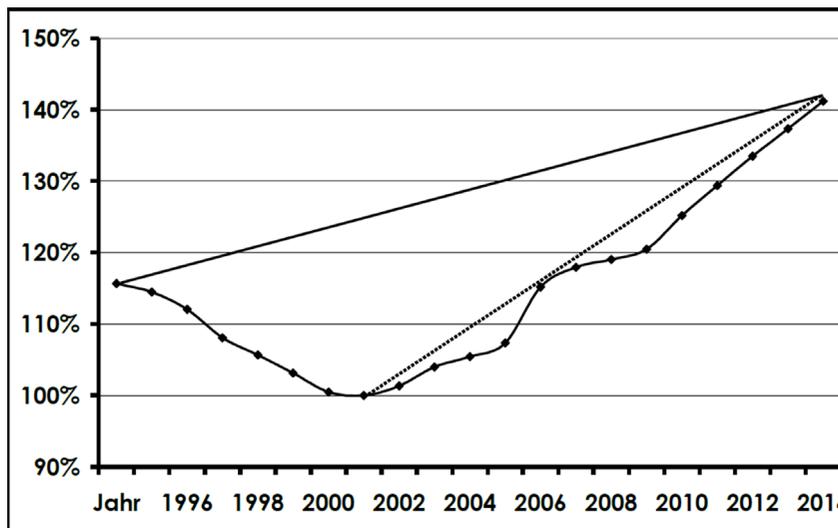
Baupreisindex – alles eine Frage des Basisjahres

Aber diese Behauptung lässt sich schon am Baukostenindex nicht nachvollziehen. Wirklich gravierende Erhöhungen der Anforderungen gab es nur 1995 mit der Einführung der Wärmeschutzverordnung (WSVO 95) und 2009 mit der Novellierung der seit 2002 gebräuchlichen Energieeinsparverordnung (ENEV). Wie schon gesagt, nach 1995 sanken die Baukosten dessen ungeachtet drastisch. Die Steigerung nach 2009 entspricht der Baukonjunktur und setzt sich

jährlich stetig fort. Angesichts von erheblichen Schwankungen der Baupreise in Abhängigkeit von der Baukonjunktur muss außerdem betrachtet werden, ob der Anteil für Wärmedämmung & Co. an den Gesamtbaukosten gestiegen ist. Eine im Deutschen Ingenieurblatt veröffentlichte Untersuchung kommt dabei zu dem Ergebnis, dass beim Neubau eines Mehrfamilienhauses der Anteil für Heizungsinstallation, Wärmedämmung und Lüftungstechnik im Jahr 2000 einen Anteil von durchschnittlich 8,8 Prozent hatte, während 2014 dieser Anteil mit 13,6 Prozent zu Buche schlug, eine Steigerung von lediglich knapp 5 Prozent. Auch hier kann von einer Kostenexplosion keine Rede sein.

Energieeinsparung als Geldverschwendung?

Abgesehen davon, dass dem größtenteils einmaligen Aufwand in Wärmedämmung und Heiztechnik eine jahrzehntelange Ersparnis nicht nur an Geld, sondern auch an Energieträgern gegenübersteht, ist auch der Anteil von Dämmung und energetischer Haustechnik an den Gesamtbaukosten nicht ins Maßlose gestiegen. Zu beachten ist jedoch, den Aufwand für Energieeffizienz würde bei einer Lockerung der Anforderungen der Investor sparen, während die dann höhere Energieerzeugung an diejenigen weitergereicht wird, die am Ende die Häuser bewohnen. Ob allerdings die Kostenerparnis für schlechtere, weil in der Nutzung teurere Häuser von der Immobilienwirtschaft auch weitergegeben werden würden, darf stark bezweifelt werden. Denn der Preis einer Immobilie richtet sich nicht so sehr nach ihrer Qualität und dem, was ihre Herstellung gekostet hat, sondern nach Angebot und Nachfrage.



Baupreisindex 1995 bis 2014 – nominal (Basis 2001 = 100), 40 Prozent Teuerung seit 2002 oder 20 Prozent seit 1995?

Heinrich Schütz Konservatorium

Musik zivilisiert: Wir re-kommunalisieren die Musikschule

von Cornelia Eichner

Isaac Stern, ein berühmter Geigenvirtuose sagte einst: „Ich habe das immer geglaubt, inzwischen ist es bewiesen: Kinder, die zwischen ihrem 5. und ihrem 14. Lebensjahr eine musikalische Ausbildung erhalten, haben anderen gegenüber einen Vorsprung: in logischem Denken, in Mathematik, in Erinnerungsvermögen und in ihren Manieren. Das Grundprinzip der Musik ist Ordnung, und Ordnung braucht man überall im Leben. Musik zivilisiert. Musik macht wachsam. Musik weckt die Fantasie. Sie tröstet dich, wenn du traurig bist, sie bringt dich zum Lachen, wenn du dir Sorgen machst und sie macht deinen Kopf klar, wenn alles drunter und drüber geht. Wer Musik lacht, lernt, nicht zu hassen. Wer Musik macht, lernt zu sehen, zuzuhören und zu denken. Und deshalb halte ich es für wichtig, ja notwendig, dass jedes Kind ab einem Alter von fünf Jahren ein Instrument erlernt.“ Man könnte noch wesentlich mehr über die positiven und sinnvollen Wirkungen von Musik und musikalischer Bildung erzählen. Nur durch qualifizierte musikalische Bildung wird differenzierter Zugang zur Musik ermöglicht, bleibt wichtiges Kulturgut für nachfolgende Generationen lebendig, werden zukünftige

Philharmoniker*innen für Großes befähigt. „Musik zeigt die Wichtigkeit, die Stärke und die Unverzichtbarkeit des Einzelnen - und doch zugleich auch die unverzichtbare Wichtigkeit aller anderen, gleichberechtigt agierenden Mitspielenden. In einem guten Ensemble sind alle Musizierenden gleichberechtigt, sie agieren zugleich solistisch und ensemblebezogen.“ sagt Konzertveranstalter Andreas Grosse.

Auf diese Art und Weise fördert kulturelle Bildung nicht nur Empathie, individuelle Entwicklung, Teamgeist und sachliche Fundiertheit, sondern auch komplexe Demokratieprozesse. Erhalt und Förderung von Demokratie sind wesentliche Aufgaben unserer Gesellschaft, sind eher, um mit Weizsäcker zu sprechen, der Teig im, anstatt das Sahnehäubchen auf dem Kuchen. Eine Stadt wie Dresden, die sich traditionell Kulturstadt nennt, als solche Touristinnenmagnet ist und die gar Kulturhauptstadt werden will, sollte sich dieser Verantwortung bewusst sein und sich ihr klar und aktiv stellen. Und das geht nur, indem wir heute nun endlich diesen Schritt gehen, das HSKD in einen kommunalen Eigenbetrieb zu überführen und damit



Foto: mittelstandbayern.de / pixelio.de die Musikschule mit ihren über 6000 Schülerinnen, die zugehörigen Eltern, Mitwirkenden, Angestellten und Honorarkräfte dauerhaft absichern. Dazu gehört in diesem Zusammenhang natürlich auch, dass wir längerfristig über gerechte Unterrichtsgebühren verhandeln, über faire Gehälter für Angestellte und über angemessene, sich dynamisch entwickelnde Vergütungen für die Honorarkräfte. Natürlich erschrecken die

in diesem Zusammenhang zu benennenden finanziellen Beträge. Bei genauerer Betrachtung wird aber deutlich, dass diese Mehrkosten nicht durch die Kommunalisierung erzeugt werden, sondern durch veränderte Bedingungen auftreten, ganz unabhängig von der Rechtsform der Musikschule: Es sind Tarifierungen der Festangestellten vorzunehmen, Mietsteigerungen auszugleichen, angemessene Honorare für Dozentinnen zu zahlen, Betriebskostensteigerungen zu finanzieren. Auch bemerken wir nicht nur an wachsenden kommunalen Steuereinnahmen die zunehmende Bevölkerungszahl in unserer Stadt, sondern auch an der steigenden Zahl der Musikschülerinnen. Das alles sind Kosten, die auch so auf den kommunalen Haushalt zukommen, egal ob wir das HSKD kommunalisieren oder aber nicht. Wenn wir diese Kosten aber so oder so stemmen, - und ja, es wird wohl niemand Interesse daran haben, im Zweifelsfall das HSKD aufzugeben und in Insolvenz gehen zu lassen - können wir nur gewinnen, wenn wir kommunalisieren, indem wir uns zu unserer Musikschule bekennen - es ist das richtige Zeichen für eine Stadt, die gerade jetzt kulturelle Bildung so nötig hat.

„Den Spagat hinbekommen“

100 Tage Bürgermeisterin: Wir wollten von Annektrin Klepsch wissen, wie es ihr seit ihrer Wahl zur Beigeordneten für Kultur und Tourismus am 6. August 2015 ergangen ist.

Anne, wie war die Umstellung von einer Stadträtin zur Bürgermeisterin?

Der schwerfällige Verwaltungsapparat mit sehr eigenständigen Ämtern war für mich tatsächlich gewöhnungsbedürftig. Man muss den Spagat hinbekommen, Vertrauen in die Ämter zu haben und trotzdem Kontrolle auszuüben. Ein Bürgermeister, der nur verwaltet, was Ämter zuarbeiten, kann nicht gestalten. Mit meinen vier Amtsleitern aus den Bereichen Kultur und Denkmalschutz, Stadtarchiv, Bibliotheken und Museen war es von Beginn an unkompliziert und konstruktiv. Da half die Erfahrung als Stadträtin.

Welche Aufgabe hast du als Erstes angepackt?

Als ich im November 2015 anfang, war mein Kalender schon mit Terminen bis Jahresende voll, weil viele Prozesse trotz Bürgermeisterwechsels ja weiter liefen, beispielsweise die Rekommunalisierung der Musikschule. Das Bespielungskonzept für den Kulturpalast war dringend zu klären, weil es ein halbes Jahr liegengeblieben war. Ein neuer Standort für die Volkshochschule und die Finanzierung einer mobilen Zuschauertribüne für die tjg-Studiobühne mit Hilfe des tjg-Fördervereins (die den Einsparungen im Bauprozess des Kraftwerks Mitte zum Opfer fiel) waren dringende Themen, die mir am Herzen lagen.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit den anderen Beigeordneten?

Da die Mehrzahl der Bürgermeister neu im Amt war, sind wir positiv im Prozess einer wachsenden Zusammenarbeit. Es ist schön, wenn es Projekte gibt, die geschäftsbereichsübergreifend sind und an denen man gemeinsam arbeiten kann. Das Ringen der Bürgermeister um die finanzielle und personelle Ausstattung einzelner Ämter ist sicher unabhängig vom Parteibuch.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Oberbürgermeister Dirk Hilbert?

Da der Oberbürgermeister keine eigene Stadtratsmehrheit hat, ist er oft der Moderator politischer Prozesse, was im Interesse einer Kompromisslösung nicht das Schlechteste ist. Als Fachbürgermeister haben wir im Vergleich zur Vorgängerin mehr Handlungsfreiheit, aber die finanziellen und personellen Ressourcen sind wie gesagt begrenzt.

Woran musstest du dich in der neuen Position erst gewöhnen?

Dass meine Tage oft komplett mit Terminen und unterschiedlichsten Themen durchgeplant sind und dass ich nicht alle Vorgänge, die in in meinem Geschäftsbereich bearbeitet werden, im Detail beobachten und steuern kann, auch wenn ich am Ende unterschreiben muss. Ich bin aus meinen früheren Tätigkeiten flache Hierarchien gewohnt, das Einhalten der Verwaltungshierarchie ist durchaus gewöhnungsbedürftig.

Wie laufen Prozesse in der Verwaltung im Gegensatz zur Arbeit in der Fraktion?

Ehrenamtliche StadträtInnen können sich nur punktuell mit einzelnen, politisch besonders wichtigen Themen vertieft befassen. In der Verwaltung läuft ein Thema über viele Schreibtische und PCs, was es schwerfällig macht und mitunter unberechenbar. Ich wirke darauf hin, viele Dinge lieber im direkten Austausch zwischen verschiedenen Akteuren und Ämtern zu besprechen als sich wochenlang Stellungnahmen und Hausmitteilungen zuzuschicken.



Foto: wikimedia.org

Wie sind für dich Stadtratssitzungen, jetzt, wo du vorne auf der Bühne sitzt und nicht mehr als Stadträtin im Saal?

Meistens nutze ich die Sitzungszeit, um nebenbei zu arbeiten, also Unterlagen zu lesen oder E-Mails zu beantworten. Bei kontroversen Themen oder bekannten Pappenheimern würde ich mitunter gern kommentieren, aber dann denkt man sich seinen Teil. Es gehört zur parlamentarischen Demokratie, politische Kontroversen auch öffentlich in einem gesetzten

Rahmen wie dem Stadtrat auszutragen. Zum politischen Handeln gehört der Streit, wenn er sachlich bleibt.

Welches Erlebnis als frisch gebackene Bürgermeisterin war besonders einprägsam?

Mich hat beeindruckt, wie viele Hoffnungen bei vielen Kulturschaffenden der freien Szene und einiger städtischer Einrichtungen mit dem Amtswechsel verbunden waren, angefangen bei der Kommunikationskultur. Das treibt mich an und motiviert mich.

Wie lange ist für dich seitdem ein normaler Arbeitstag oder eine normale Arbeitswoche?

Eine kurze Arbeitswoche hat 40 Stunden, eine normale eher 50 – 60, wenn man die Abend- und Wochenendtermine mitzählt. Je mehr ich selbst gestalten und mit den Betroffenen im Gespräch sein oder inhaltlich gut vorbereitet sein möchte, umso mehr verlängert sich mein Arbeitstag.

Worauf legst du bei der Leitung so vieler Angestellter besonders Wert?

Mir ist wichtig, dass wir uns als MitarbeiterInnen ein- und derselben Stadt verstehen und gemeinsam an Lösungen und Ideen für Dresden arbeiten. Ich erwarte, dass sich MitarbeiterInnen für neue Themen interessieren und auch zu einem Perspektivwechsel bereit sind. Die Aussage „Das haben wir schon immer so gemacht.“ ist lähmend. Mein Credo ist: Wer das Gespräch mit mir sucht, bekommt eine Gelegenheit.

Welche Projekte liegen dir für die kommenden Jahre besonders am Herzen?

Die Existenzsituation der freien Szene ist eine große Herausforderung, denn es geht um finanzielle Ressourcen für Kunst und Honorare sowie um bauliche Rahmenbedingungen für die ich mich einsetze, die ich jedoch nicht allein lösen kann. Den Sanierungstau bei den kleineren Kultureinrichtungen würde ich gern abarbeiten, wenn ich könnte. Die Neuerarbeitung des Kulturentwicklungsplanes unter dem Gesichtspunkt soziale Integration und kulturelle Teilhabe sowie Kultur in den Stadtteilen ist ein Vorhaben für die Jahre 2017/18 und darunter fallen die Erweiterung des Palitzschhofes in Prohlis und Weiterentwicklung der Passage in Gorbitz. Darüber hinaus hoffe ich, dass die Rekommunalisierung der Musikschule (HSKD e.V.) im Stadtrat eine Mehrheit findet, die Vorlage geht jetzt in die Beratungen des Stadtrates. Die Kulturhauptstadtbewerbung ist eine Aufgabe, bei der wir die ganze Stadt mitnehmen und gewinnen müssen. Doch sie ist auch eine Chance, für die Entwicklung Dresdens als soziale und nachhaltig orientierte Stadt. Die Sanierung des Sachsenbades ist kein originär kulturpolitisches Thema, aber der Denkmalschutz liegt ebenfalls in meiner Verantwortung und ich sehe das Sachsenbad auch zukünftig in städtischer Verantwortung und als öffentlich genutzte Sportstätte.

Fragen: Pia Barkow



Feierliche Vereidigung der neuen Dezernentinnen und Dezernenten durch Oberbürgermeister Dirk Hilbert am 5. September 2015 (v.l.n.r.: Eva Jähnigen, Raoul Schmidt-Lamontain, Dr. Kris Kaufmann, Annektrin Klepsch, Detlef Sittel und Dr. Peter Lames) Foto: Max Kretschmar

Annektrin Klepsch

Nach ihrem Studium der Theater- und Kulturwissenschaft in Leipzig und Wien arbeitete Annektrin Klepsch als Dramaturgieassistentin bei den Salzburger Festspielen und am Berliner Ensemble. Bevor die Dresdnerin im Jahr 2009 in den Sächsischen Landtag und den Dresdner Stadtrat gewählt wurde, war sie als Projektleiterin, später als Geschäftsführerin eines Jugendvereins tätig. Wissenschaft und Hochschule, Kunst und Medien, Jugendpolitik und Soziokultur zählten zu den Fachbereichen der linken Kulturexpertin als Abgeordnete.

Öffentlich! Weil es wichtig ist

Den Stadtrat erreichte im Mai eine Vorlage zum Verkauf eines Grundstücks am Sachsenplatz vor. Das mehr als 7000 m² große Grundstück sollte im Rahmen einer Konzeptausschreibung für den Bau von Wohnungen verkauft werden. Die rot-grün-rote Mehrheit im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau allerdings schaltete einem Verkauf die Prüfung des Grundstücks auf Eignung für den kommunalen Wohnungsbau vor.

LINKEN-Stadtrat Tilo Wirtz, Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau: „Wir bevorzugen eine Entwicklung der Flächen durch die neue städtische Wohnungsgesellschaft gegenüber einem Verkauf per Konzeptausschreibung mit einem nicht vorhersehbaren Ergebnis. Angesichts der Größe der Fläche besteht eine besonders gute Eignung für städtischen sozialen Wohnungsbau, während ein Verkauf auf Basis eines Konzeptes auf dem Prinzip Hoffnung beruht, dass es auch umgesetzt wird oder nicht gar scheitert.“

Mit dem Beschluss zum Betreiber- und Bespielungskonzept für den Kulturpalast, das am Donnerstag auf der Tagesordnung steht, ist der Weg frei, dass der Kulturpalast wie geplant im Jahr 2017 für die Philharmonie und andere Veranstaltungen genutzt werden kann. LINKEN-Stadträtin Jacqueline Muth, Mitglied im Ausschuss für Kultur: „Wir werden dem Konzept zustimmen. Die LINKE hat aber auch immer davor gewarnt, dass der umstrittene Umbau des Kulturpalastes teurer als geplant und zu einer finanziellen Belastung für die Stadt wird. Deshalb werden wir darauf achten, dass die bereitgestellten Mittel nicht zu Lasten der Förderung der Breitenkultur gehen werden. Die Projekt- und institutionelle Kulturförderung ist aus unserer Sicht ebenso wichtig wie die Förderung eines kulturellen Prestigeobjekts. Wir werden dafür sorgen, dass für beides in angemessener Weise Mittel zur Verfügung stehen.“

In der Stadtratssitzung am 29. September 2016 steht ein Prüfantrag der SPD zur Betreuung des Dynamo-Stadion auf der Tagesordnung. LINKEN-Stadtrat Tilo Kießling, Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften: „Einer grundsätzlichen Prüfung der Betriebsverhältnisse wird sich DIE LINKE nicht entgegenstellen. Wir benötigen hier eine hohe Transparenz, damit sich niemand am Geld der Stadt bereichert.“

Ausverkauf stoppen!

Grundstücke für städtische und kulturelle Nutzung sichern

von Jacqueline Muth

Am 16. Dezember 2016 eröffnet das Kraftwerk Mitte als neuer und strahlender Kulturstandort in Dresden. Das „Theater Junge Generation“ und die Staatsoperette werden bis dahin ihre alten Standorte in Cotta bzw. Leuben aufgeben und neben anderen Nutzern ins Kraftwerk Mitte umziehen. Was wird dann mit den beiden städtischen Grundstücken passieren, auf denen die beiden Häuser bisher ansässig waren? Nahelegend erscheinen Nachnutzungen, die mit den Sälen und großzügigen Funktionsgebäuden im Einklang sind.

DIE LINKE hat einen Antrag eingebracht, wonach für die Liegenschaft des Theater Junge Generation mögliche Eigennutzungen durch die Stadt (Lager, Gästeunterbringungen etc) sowie zur Nutzung durch die Kreative Szene (Tanz, Bildende Kunst, Kreativwirtschaft etc) untersucht werden sollen. Für den Standort der Staatsoperette in Leuben prüft derzeit das Schulverwaltungsamt, ob sich die Liegenschaft zu einem Schulstandort umnutzen ließe.

Noch nicht geklärt ist, mit welchen Kosten für die Instandsetzung und Pflege der beiden Immobilien zukünftig ge-



Foto: wikimedia.org

rechnet werden muss. Beide Standorte wurden in den vergangenen Jahren unter CDU-Regentschaft heruntergewirtschaftet. Die Gebäude sind zwar nutzbar, erfüllen aber womöglich die heutigen Standards, zum Beispiel im Brandschutz, nicht mehr. Die Versäumnisse dieser jahrzehntelangen Misswirtschaft werden die städtischen Kassen in Zukunft teuer zu stehen kommen.

Es wäre verfehlt, hier im alten Automatismus die Grundstücke einfach zu verkaufen und sich damit der Herausforderung zu entziehen. Zu deutlich ist doch, dass der private Im-

mobilienmarkt nicht in der Lage ist, den Bedarf an bezahlbaren Räumen zu beantworten. Im Gegenteil: Je mehr Grundstücke instandgesetzt werden, desto stärker steigt der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, aber auch an nutzbaren und bezahlbaren Arbeitsräumen für Künstler_innen und Kreativwirtschaft. Auch der Flächenbedarf für städtischen Wohnungs- und Schulbau sind wichtige Gründe, mit den wenigen noch nicht privatisierten Grundstücken im Stadtgebiet sorgsam umzugehen. Anstatt sie zu „verramschen“ müssen wir Wege zu finden, Bestandsbauten nach und nach zu sanieren und städtisch zu betreiben.

Kurz&Knapp
aus der Ratssitzung

Unsere Handschrift

Der Oberbürgermeister hat **Haushalt eingebracht**

den Doppelhaushalt 2017/2018 eingebracht. Er zeigt: Rot-grün-rot hat in den letzten zwei Jahren gut gewirtschaftet - Schwerpunkte wie das Sozialticket und die Vorbereitung des kommunalen Wohnungsbaus wurden angegangen und werden fortgesetzt - die Rücklagen der Stadt bleiben dennoch stabil. Die höchsten Investitionen in Schulen und Kitas seit 1990, zwei große Kulturprojekte - das ist Verpflichtung für die nächsten zwei Jahre. **André Schollbach:** „Unser Ziel besteht darin, alle zwischen LINKEN, Grünen, SPD und Piraten vereinbarten Projekte im Haushalt mit dem erforderlichen Geld zu untersetzen.“

Grundrecht Mobilität

Die Wohnquartiere in Trachenberge oberhalb der Maxim-Gorki-Straße brauchen eine bessere ÖPNV-Anbindung. Gemeinsam mit der CDU haben sich SPD und LINKE auf den Weg gemacht, erstmalig testweise einen Quartiersbus einzusetzen, dessen Möglichkeit nicht nur zu prüfen, sondern ihn tatsächlich fahren zu lassen.

Für Piraten-Stadtrat Martin Schulte-Wissermann „ein erster Schritt zum Einsatz von Quartiersbussen auch in anderen Stadtteilen.“ Die von uns vorgeschlagene Erweiterung eines Quartiersbusnetzes auch auf weitere unterversorgte Wohngebiete setzte sich trotz Enthaltung der Grünen-Fraktion durch - ein wichtiger Schritt.

Dialog statt Verbot

Eigentlich gibt es einen normalen Ablauf. Einwohnerversammlungen sind ein formal beschriebener Bestandteil kommunaler BürgerInnenbeteiligung. Wie es auch die Einwohnerversammlung zum Alkoholabgabeverbot in der Neustadt war, die DIE LINKE durchgesetzt hatte. Normalerweise informiert die Stadtverwaltung über den Verlauf solcher Versammlungen, im Falle der Alkoholabgabe aber tat sie sich in der im Stadtrat diskutierten Vorlage durch groteske Vorschläge vor, wie etwa mit dem Verbot von Glasflaschen täglich ab 22 Uhr. Rot-Rot-Grün setzte dem praktikable Vorschläge entgegen, so wie Pfandringe, bessere Abfallentsorgungsmöglichkeiten, sowie die Fortführung der Initiative „Ordnung und Sauberkeit“.

Veranstaltungstipp

Diskussionsveranstaltung
mit Jacqueline Muth

**Die Prießnitz
für alle!**

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

13. Oktober

Wir AG, Martin-Luther-Straße 21
17 Uhr: Vorort-Begehung
18 Uhr: Vorstellung der Baumaßnahme
durch das Umweltamt Dresden

www.linke-fraktion-dresden.de

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Fotos: pixelio.de, Roland Gärtner
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei
Cottbus
Auflage dieser Ausgabe:
6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog

Der neue Koordinierungskreis der Linksjugend hat sich gefunden

Auf ein Neues

von Christopher Colditz

Am 25. September haben wir unser jährliches Stadtjugendtreffen abgehalten. Zuerst setzten wir uns kritisch mit der Arbeit des bis dato amtierenden Koordinierungskreis auseinander und stellten fest, was wir künftig in unserer Arbeit verändern und verbessern müssen. Nach der Entlastung wählten wir unseren neuen Koordinierungskreis. Auch in diesem Jahr haben wir viele Neuerungen, aber auch Bestehendes: Im Koordinierungskreis dürfen wir zum zweiten Mal unser Organisationstalent Lisa begrüßen. Zudem hat sich Franzi dazu bereit erklärt, das von ihr liebevoll bezeichnete „Altenabstellgleis“, den Posten der Schatzmeisterin, zu übernehmen. Die Beiden haben nicht nur Erfahrung im Koordinierungskreis, sondern sind auch Mitglieder im Beauftragtenrat der Linksjugend Sachsen, so dass sie von dort Kompetenzen nach Dresden bringen.

Neu im Koordinierungskreis ist Lee, der vielseitige Erfahrung aus Baden-Württemberg mitbringt. Dort war er nicht nur viele Jahre in der Linksjugend, unter anderem als Geschäftsführer, sondern auch Direktwahlkandidat für DIE LIN-

60 Jahre KPD-Verbot

German McCarthyism

von Lee Wiegand

Im August vor 60 Jahren wurde in Westdeutschland die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verboten. Zuvor war in der Bundesrepublik 1951 der westliche Ableger der Freien Deutschen Jugend (FDJ) verboten, sowie 1950 der s.g. Adenauer-Erlass verabschiedet worden, welcher die Verfassungstreue öffentlicher Bediensteter voraussetzte und die Unvereinbarkeit deren Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Organisationen beschloss. Zudem wurde 1951 innerhalb Rekordzeit das 1. Strafrechtsänderungsgesetz beschlossen, das 37 neue Strafnormen festlegte und u.a. Hochverrat, Landesverrat und Geheimbündelei unter Strafe stellte, womit später nicht wenige KPD-Mitglieder konfrontiert worden sind.

In einer antikommunistischen, anti-linken Hysterie, die stark an die McCarthy-Ära in den Vereinigten Staaten erinnerte, machte die Adenauer-Regierung deutlich klar, dass der „Feind links steht“ und schreckte dabei auch nicht davor zurück in die Autonomie des höchsten Organs der deutschen Judikative, dem Bundesverfassungsgericht einzugreifen, welches sich mit dem Urteil offensichtlich schwer tat: „Die Bundesregierung allein trägt die Verantwortung für dieses Verfahren.“, eröffnete Josef Wintrich die Urteilsverkündung am 17. August 1956. Im Verbotverfahren, das sich über fünf Jahre streckte, spielte die Nähe zur DDR und zur Sowjetunion eine bedeutende Rolle, zudem galt sie in der öffentlichen bzw. politischen Wahrnehmung als Moskau-hörig. In der Tat gab es zwischen der westdeutschen KPD und der ostdeutschen SED enge Verstrickungen – viele Funktionäre beider Parteien kannten sich aus der gemeinsamen Zeit vor dem Weltkrieg oder aus dem Exil in Frankreich oder der UdSSR – und auch finanzielle Mit-



Der neue Koordinierungskreis der Linksjugend Dresden: Lee, Franzi, Lisa und Flo vor der Wir AG. Foto: Christopher Colditz

KE zur vergangenen Landtagswahl. Ebenso freuen wir uns über die Wahl von Flo, unserem jüngsten Mitglied, der die Arbeit des Kokreis mit seinen Ideen und seiner Sicht aus der Schülerperspektive bereichern wird. Somit haben wir wieder einen quotierten und äußerst

jungen Koordinierungskreis, auf dessen Tatendrang wir uns sehr freuen. An dieser Stelle gilt auch allen ein Dank, die sich im Stadtjugendplenum, egal ob Tagesleitung, Kommission oder beim Auf- und Abbau eingebracht haben.



tel flossen aus dem Osten Deutschlands in das Vermögen der West-KPD ein. Allerdings hatten auch andere westeuropäische kommunistische Parteien zu Beginn des kalten Kriegs eine ähnliche „Ostanbindung“ und dennoch, zumindest zum Teil akzeptierte, Mitglieder der parlamentarischen Ordnung wurden, wie z.B. in Italien und Frankreich.

Im Laufe der nächsten zehn Jahre sollten sich aus diesen Parteien neue linkssozialistische Ansätze entwickeln; Besonders die Niederschlagung des Prager Frühlings in der CSSR durch die Rote Armee veranlasste die westeuropäischen KPs zur Klärung ihres Verhältnisses zur UdSSR und dem Realsozialismus, sowie zahlreichen Neuausrichtungen und Führungswechsel.

Eine ähnliche Entwicklung konnte die nun im Untergrund agierende KPD nicht durchlaufen, die Illegalität veranlasste eine wesentlich striktere Organisation, welche notwendige Debatten innerhalb

der eigenen, zudem stark geschwächten Strukturen nahezu unmöglich machte, hinzu kam die nun finanzielle Abhängigkeit aus Ost-Berlin bzw. Moskau und es galt „Wess‘ Brot ich fress‘, dess‘ Lied ich sing.“ Diese Negativentwicklung setzte sich auch in der späteren DKP fort, die als Nachfolgeorganisation aus den moskautreuen Überbleibseln der KPD bestand und nunmehr direkt der SED-Führung unterstand.

Mutmaßungen über eine weitere Entwicklung der KPD ohne Verbot wäre ein klassisches „Was wäre wenn...“-Szenario. Interessante Faktoren wären, wie bei den anderen kommunistischen Parteien der Prager Frühling und die aufkeimende Studentenbewegung der 1960er Jahre gewesen.

Das Verbot hatte letztlich die Zwangsauflösung der KPD, den Entzug ihrer politischen Mandate, Parteivermögen (u.a. Immobilien, Verlage, Druckereien), das Verbot der Gründung von Ersatzorganisationen und Prozesse gegen mehrere tausende ihrer (auch vermeintlichen) Mitglieder und ihr nahestehende Menschen zur Folge.

Betroffene von zwischen 125.000 bis 200.000 Ermittlungsverfahren hatten mit Entlassungen und zum Teil dauerhafter Arbeitslosigkeit zu rechnen, oft auch dann, wenn es aus Mangel an Beweisen zu keiner Verurteilung gekommen war. Verurteilt wurden zwischen 7.000 und 10.000 Menschen. Es kam zu zahlreichen Inhaftierungen, darunter auch zahlreicher kommunistische Widerstandskämpfer*innen, die während der NS-Herrschaft jahrelang in Zuchthäusern und KZ's interniert waren und nun erneut ehemaligen NS-Richtern gegenüber saßen – von denen sie schlussendlich sogar ihre Widergutmachungsansprüche aus der NS-Zeit abgesprochen bekamen.

Dresden Nazifrei

Nichts gegen Dresden, aber ...

von Franziska Fehst

Einige Menschen würden den Satz „Nichts gegen Dresden.“ mit „Punkt.“ beenden. In Dresden läuft jedoch schon lange einiges verkehrt. Wem in der Vergangenheit nichts aufgefallen ist, dem sollte es spätestens seit Pegida klar sein, dass in Dresden einiges schief läuft. Dabei ist Pegida eben nicht der erste Auswuchs der sogenannten sächsischen Verhältnisse. Dresden Nazifrei hat sich 2009 gegründet, um Europas größten Naziaufmarsch zu blockieren. Dies ist viele Jahre hintereinander gelungen und trotz neuer Strategien der Nazis wird das Mobilisierungspotenzial immer schwächer. Allerdings hat sich die Stadt bis heute nicht kritisch mit dem 13. Februar auseinander gesetzt, Strafverfahren gegen Antifaschist_innen sind immer noch nicht ausgestanden und das Konzept der Menschenkette wird immer noch als einziges Symbol gegen den Naziaufmarsch aufgetragen.

Seit fast zwei Jahren stehen wir nun Pegida gegenüber. Viele Unken rufen, dass sich der Aufmarsch bald erledigt haben wird und wir dann in der Stadt wieder zur „Normalität“ übergehen können. Doch was Pegida hervorgebracht hat, war nichts weiter als der alltägliche Rassismus, dem Migrant_innen schon immer ausgesetzt sind und natürlich die Diskreditierung antifaschistischen Engagements.

Nichts gegen Dresden, aber so wie es war, so wie es ist, so kann es nicht weitergehen! Gemeinsam wollen wir mit unserer neuen Kampagne die Strukturen vor Ort mit Bildungsangeboten stärken, in den Ortsteilen über rassistische Vorkommnisse aufklären und uns den sogenannten sächsischen Verhältnissen stellen.

Dabei legen wir einen neuen Schwerpunkt auch auf Bildungsangebote. Zum einen wollen wir verschiedene Workshops durchführen, zum Beispiel Sanitärerworkshops oder rechtliche Infos darüber, wie man Demos anmeldet. Zum anderen wollen wir natürlich auch mehr nach außen wirken. Dabei ist ein Highlight die Kooperation mit der Evangelischen Hochschule Dresden (EHS). Wir bieten beispielsweise einen Kurs an, bei dem Studierende mit uns den Täterspuren-mahngang neu ausgestalten. Freut euch auf ein Jahr, in dem wir neue Aktionsformen testen, um nicht nur ein Feigenblatt für die Stadt zu spielen, sondern auch Probleme aufzeigen und angehen wollen!

Informationen über die neue Kampagne könnt ihr auf Facebook oder auf unserer Website erfahren unter: www.dresden-nazifrei.com. Über neue Gesichter freuen wir uns immer wieder. Wer also Lust hat mitzumachen, kann sich gerne bei uns per Mail melden: kontakt@dresden-nazifrei.com

Eine neue, junge Linke

Ukrainische Aktivist*innen suchen abseits von alten Dogmen nach neuen Visionen. Ein Bericht vom internationalen Sommercamp der linken Jugend in Odessa.

von Björn Reichelt

Die Ukraine ist für viele immer noch eine Art schwarzes Loch. Egal, ob dies mit Politik oder Gesellschaft zu tun hat. Auch die dortigen Konflikte werden in der hiesigen Medienlandschaft eher einseitig geschildert. Der Westen zieht über das aggressive Russland her und Russland wettet gegen den Westen. Dies ist auch in der Partei DIE LINKE nicht anders. Seit den Maidan-Demonstrationen 2014 spaltet sich unsere Meinung über die Ukraine. Diejenigen, die den Maidan befürworten, sind Faschist*innen. Diejenigen, welche die Zusammenarbeit mit der Organisation Borotba oder der kommunistischen Partei der Ukraine ablehnen, sind Antikommunist*innen, da es anscheinend keine anderen linken Kräfte im Land gibt. Es scheint so, als gebe es nur schwarz und weiß. Um selbst ein Überblick über die Situation zu bekommen, sollte man mal selbst dorthin fahren. Es war meine dritte Reise in ein Land, das als Spielball der „Mächte“ instrumentalisiert wird. Noch vor anderthalb Jahren hieß es, die Zukunft der EU würde sich in Kiew entscheiden. Dem haben wir uns angenommen und die politische Landschaft vor Ort untersucht.

Gefährlicher Alltag

Das Sommercamp der linken Jugend fand in Odessa statt. Eingeladen von Aktivist*innen der Parteigründungsinitiative „Soziale Bewegung“ sollte eine deutsche Delegation an diesem Camp teilnehmen, um sich ein Bild von den sozialen und parteipolitischen Bewegungen zu machen. Aktivist*innen aus Russland, Aserbaidschan, Weißrussland, Kasachstan und der Ukraine waren vor Ort. Auch hatten es Aktivist*innen von der Krim in die Ukraine geschafft. Strukturiert wurden fünf Tage lang Workshops und Diskussionen angeboten und mit regem Interesse wahrgenommen. Egal, ob es um die Workshops ging, die ich selbst zu den Themen Euro-Skeptizismus oder „Neue Rechte“ in Deutsch-

land hielt oder ob die aktuellen Entwicklungen zu freien Gewerkschaften oder zum Faschismus in der Ukraine und in anderen Ländern angesprochen wurden.

Allgemein bot sich ein erschütterndes Bild dar. Die Situation für aktive Linke in allen dort vertretenden Ländern ist mehr als gefährlich. Unsere weißrussischen Genoss*innen unterliegen der ständigen Überwachung des KGB (Geheimdienst in Weißrussland), der mit besonderer Liebe zum Detail die Opposition und anders denkende politischen



Die linken Europaabgeordneten der GUE/NGL

Foto: DIE LINKE

Gruppen zerschlägt. Die Genoss*innen auf der Krim werden vom FSB überwacht und dürfen sie lediglich dann verlassen, wenn ihre Namen nicht auf speziellen Listen auftauchen. Ähnlich sieht die Situation in Aserbaidschan aus. Die ukrainischen Genoss*innen unterliegen ständig der Gefahr, von rechten Gruppen angegriffen zu werden. So etwa Genoss*innen aus Charkiw, die in ihrem besetzten Haus von rund 100 Nazis attackiert worden waren. Sie konnten flüchten und kamen, sprichwörtlich, mit einem blauen Auge davon. Dennoch ist ihr Wille ungebrochen, weiterhin eine linke Bewegung in ihren Ländern aufzubauen und somit linke Ideen in die dortigen Gesellschaften zu tragen.

Das Beste aus allen Ideologien

Aber wie sieht diese Idee aus? Soziale Gerechtigkeit, Minderheitenrechte, Feminismus, Antikapitalismus und

ökologisches Bewusstsein sind nur ein Teil davon, das dort alle gemein hatten. Es ist eine neue, eine junge Linke, die sich anscheinend das Beste aus allen, bisher bestehenden Ideologien zusammenpackt und daraus eigene Ideen ableitet. Es scheint, als sei für sie der alte Dogmatismus keine geeignete Form mehr, mit der Zukunft umzugehen.

Spannend war für uns auch, wie die ukrainischen Aktivist*innen die EU bewerten. Sie sind gegen die Europäische Union in der jetzigen, neoliberalen Aus-

richtung und sehen sie als ein imperialistisches Objekt, das versucht, sich wirksam gegen Russland zu positionieren. Auch werden die imperiale Haltung und das Gebaren Russlands konsequent abgelehnt. Sie fühlen sich in die Zange genommen. Dennoch ist ihnen eine EU lieber, die sich sozial gibt und eine real-existierende Sozialunion darstellt. Auf meine Frage, welche Teile des Vertrages von Lissabon sie denn gerne ratifizieren würden, sollte die Ukraine morgen der Union beitreten, waren sich aber alle einig: die Menschenrechte. Sie wollten den Zugriff auf die Rechte und die damit verbundenen, unabhängigen Gerichte. Grundsätzlich wird die Idee der Union gutgeheißen und sie befürworten „ihre Version“ der Europäischen Union. Auf Nachfrage, was dies sei, konnten sie mir keine klare Antwort geben. Aber die haben wir auch nicht.

Veranstaltung



Linke unternehmen zwar viel, aber auch als private Unternehmer? Wir wollen uns das am 19. Oktober, 19 Uhr mal genauer ansehen und mit einem Experten darüber sprechen.

Wir fragen: braucht es überhaupt linksdenkende Unternehmer oder ist das ein Widerspruch in sich? Könnte das „Linke“ in diesem Unternehmertum darin bestehen, dass es neben dem Gewinn auch um das Gemeinwohl geht, also um ein alternatives Wirtschaftsmodell? Wie könnte eine solche Gemeinwohlorientierung gemessen werden?

Dr. Rolf Sukowski ist Vorsitzender des Offenen Wirtschaftsverbands von kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbständigen (OWUS). Er spricht über seine Erfahrungen als Solo-Selbständiger, der sich 2015 der Gemeinwohlfertifizierung erfolgreich gestellt hat. Er berichtet von den Perspektiven, die sich ihm eröffnet haben, aber auch von den Risiken und warum er dennoch bereit war, diese zu tragen. Wir würden uns sehr freuen, Euch zur Diskussion zu begrüßen.

Mittwoch | 19. Oktober | 19 Uhr

Wir AG | M.-Luther-Str. 21

Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung Dresden

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker

von Ursula Zierz

Da die Annäherungsabsicht der USA zu Kuba den Lebens- und Arbeitsalltag der kubanischen Menschen kurzfristig kaum verbessern wird, sollte unsere solidarische Unterstützung weitergehen. An eine notwendige Intensivierung unserer Hilfe wagen wir leider nicht zu denken, da unsere Soli-Arbeit in Dresden unter dem zunehmenden Alter unserer Mitglieder und dem Rückgang von Spenden leidet. Aus Altersgründen und Wegzug verloren wir in den letzten Monaten drei aktive MitstreiterInnen. Wir möchten uns deshalb auch heute bei unserem langjährigen und immer einsatzbereiten, nun aber scheidenden Heinz Grasse bedanken, der nicht nur für Kuba solidarische Hilfe, sondern auch tatkräftige Unterstützung bei der gegenwärtigen Flüchtlingslage an seinem bisherigen Wohnort leistete. Heinz, Du hast den Ausspruch von Che zu Deiner Lebensmaxime gemacht! Leider hatte un-

sere Werbung um jüngere Mitstreiter außer nicht verwirklichter Zusagen bisher keinen Erfolg. Wir bitten deshalb unsere Partei, die internationalistische Tätigkeit der AG Cuba Si stärker zu unterstützen.

Anfang September fand unsere letzte Sammlung statt, welche 24 Pakete mit Bett- und Tischwäsche, Handtücher, Werkzeuge, Spielsachen, Schreib- und Pflegematerial erbrachte sowie 13 von unseren kubanischen Freunden sehr geschätzte reparierte Fahrräder. Diese Güter gehen nach Guantanamo und Santi Spiritus auf Kuba und wer-

Cuba Si informiert

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Sammlung 2016:
01. Dezember



den teilweise als Prämien verteilt. Des Weiteren konnten 315 Euro verbucht werden, die Genosse Alfred Müller durch geduldiges Ansprechen vieler ihm bekannter Mitbürger zusammengetragen hat. 1.500 Euro wurden zur Ausstattung der Tierarztpraxis Guantanamo auf das Konto „Milch für Kubas Kinder“ überwiesen. Unser herzlicher Dank gilt allen Spendern! Frau Albrecht gehört ein besonderer Dank für gespendete Rollstühle und orthopädische Hilfsmittel sowie der Familie Hantsch für drei Fahrräder für Kuba. Saludos solidarios!

Redaktionsschluss 2016

18.10.2016, 15.11.2016
13.12.2016

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Katja Kipping, Uta Gensichen, Christopher Colditz, Susann Scholz-Karas, Ursula Zierz, Kristin Hofmann, Ramona Sickert, Björn Reichelt, Franziska Fehst, Lee Wiegand, Jens Matthis
Fotos: Elke Jähnicke, Pixelio.de, wikipedia.org, Bundesarchiv
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.000 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!

Hinsehen, wenn es nebenan knallt

Die Wanderausstellung „Hinter verschlossenen Türen“ der LINKEN machte Halt im Dresdner Rathaus. Anlass ist ein Gewaltschutzkonzept aus Hamburg, das die Gleichstellungsbeauftragte in die Landeshauptstadt holen will.

von Uta Gensichen

Manchmal kann es schon helfen, einfach an der Tür zu klingeln und wieder zu gehen, wenn nebenan beim Nachbarn die Schreie wieder mal lauter werden und das Wimmern der Kinder wirklich nicht mehr zu überhören ist. Hauptsache, es passiert überhaupt irgendetwas, wenn man Häusliche Gewalt in seiner näheren Umgebung erlebt. Doch selbst für dieses Klingeln, für ein einfaches Signal also, fehlt es häufig genug an Zivilcourage. Neben der Angst, selbst in einen Gewaltakt hineinzugeraten, ist es häufig auch die Scham, sich dem Konflikt in der eigenen Umgebung zu stellen. Um das zu ändern, um das Thema Häusliche Gewalt raus aus der privaten Nische zu holen, ist die Wanderausstellung „Hinter verschlossenen Türen“ seit Monaten in Sachsen unterwegs. Initiatorinnen sind Sarah Buddeberg, gleichstellungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE sowie die linke EU-Abgeordnete Dr. Cornelia Ernst.

Wie wichtig das Engagement der Parlamentarierinnen ist und dass das Thema Häusliche Gewalt inzwischen auch bei Politik und Verwaltung ernst genommen wird, zeigte sich während eines Fachtags am 19. September im Dresdner Rathaus. Dort präsentierte die Landeshauptstadt neben der Ausstellung auch das Hamburger Gewaltschutz-Konzept „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“. Entwickelt hat es Prof. Dr. Sabine Stövesand von der HAW. In zwei Hamburger Vierteln läuft es bereits – und spätestens im kommenden Jahr womöglich auch in Dresden.

Trauriger Spitzenreiter in Sachsen

Ziel von „StoP“ ist es, mithilfe von sozialen Trägern Nachbarschaftsgruppen in einem Stadtteil zu bilden, die selbstständig über Häusliche Gewalt informieren, Öffentlichkeitsarbeit betreiben und Menschen ansprechen. Das Thema Gewalt in der Partnerschaft soll so Schritt für Schritt enttabuisiert werden.

Als „StoP!“ im Rathaus Dresden vorgestellt wurde, waren sich alle anwesenden Gäste aus Politik und Praxis einig, dass dringend etwas gegen Häusliche Gewalt getan werden müsse. „Dresden ist leider trauriger Spitzenreiter in Sachsen, was die Zahl der Fälle Häuslicher Gewalt angeht“, sagte Sozialbürgermeisterin Dr. Kristin Klauudia Kaufmann (DIE LINKE). Deshalb müsse das Motto lauten: „Augen auf, Mund auf!“ Nachbarn sollten ermutigt werden, hinzusehen, wenn es nebenan knallt. Bereits jetzt würden in Dresden demzufolge über 1.600 Verdachtsfälle von Kindeswohlgefährdung beim Jugendamt gemeldet. „Davon erweisen sich dann tatsächlich 90 Prozent als berechtigt“, sagte Kaufmann.

„Häusliche Gewalt darf nicht länger ein Tabuthema sein. Die Betroffenen



Isabel Said von der Hamburger Sozialbehörde, Kris Kaufmann, Sarah Buddeberg, Dresdens Gleichstellungsbeauftragte Dr. Stanislaw-Kemenah und Frank-Peter Wieth vom Sächsischen Ministerium für Gleichstellung.

sollen wissen, dass sie mit ihrem Leid nicht alleine sind“, fordert auch Sarah Buddeberg. Die sächsische Landtagsabgeordnete kennt all die Zahlen rund um Häusliche Gewalt nur zu gut. In ihrer Wanderausstellung, die den Fachtag im Rathaus begleitete, haben Buddeberg und die EU-Abgeordnete Ernst auf große Tafeln gebracht, worüber sonst niemand gerne redet. Zum Beispiel darüber, dass 40 Prozent aller Frauen und Deutschland bereits Gewalt in einer Beziehung erlebt haben. Oder darüber, dass jährlich Tausende Frauen sexuell genötigt oder gar vergewaltigt werden.

Sie sagte Nein

Prof. Stövesand beschäftigt sich bereits seit den 90er-Jahren mit Häuslicher Gewalt. Damals noch als Mitarbeiterin eines Frauenhauses im Hamburger Stadtteil St. Pauli hatte sie ein Erlebnis, das ihr Bild über Nachbarschaftshilfe für immer prägen sollte: Stövesand berichtet von einer fünffachen Mutter, die jahrelang vom eigenen Mann misshandelt worden war. „Aber sie weigerte sich, ihre Wohnung zu verlassen“, erinnert sich Stövesand. Warum sollte sie auch – sie, die Misshandelte? Wieso sollten ihre Kinder deshalb jetzt auch noch die Schule wechseln und sie Freundschaften in ihrer Nachbarschaft aufgeben? Die Frau sagte also Nein. Und hinter ihr stand auf einmal ein enger Kreis an Nachbarn, der sie beschützte und ihr half. „Die haben eine Liste mit Telefonnummern aufgestellt“, erzählt Stövesand bewegt, „so dass die Frau notfalls immer jemanden erreichen konnte“. Außerdem schoben Sie gemeinsam Wache, sie reparierten die eingetretene Wohnungstür und waren da, wenn der wütende Ex-Mann vor der Tür stand. All das sollte ihr zeigen: Du bist nicht allein!

In Vierteln, wo solche funktionierenden Strukturen existierten, wo die Menschen sich einander helfen, gäbe

es auch signifikant weniger tödliche Beziehungskonflikte, so Stövesand.

Bis das Konzept von „StoP“ in Dresden startet, ist es allerdings noch ein kleiner Weg. Träger müssen gefunden, das Geld dafür beantragt und ein Pilot-Stadtteil ausgemacht werden. Aber die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Dresden ist hoffnungsfroh: „Nach Hamburg wird Dresden die erste bundesweite Stadt sein, die das Konzept „StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt“ umsetzen will. Während der Veranstaltung haben sich bereits Stadtteil-Akteur*innen zusammengefunden. Jetzt geht es an die Planung mit einem Modellstandort“, sagte Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah.

Die Hamburger Professorin Stövesand warnt aber aus Erfahrung vor einer

„Projektitis“ bei der Förderung von Gewaltprojekten wie dem StoP!. Das müsse, sagte sie „den Politikern doch klar sein, dass man bei solch einem Thema einfach mehr Zeit braucht.“ Sie fordert daher ausreichend Zeit und Geld – nur so könnten nachbarschaftliche Strukturen gestärkt, Vertrauen gewonnen und schließlich Häusliche Gewalt enttabuisiert werden.

Die Journalistin Uta Gensichen ist zur Zeit wissenschaftliche Mitarbeiterin der Landtagsabgeordneten und gleichstellungspolitischen Sprecherin Sarah Buddeberg.



Die Ausstellung „Hinter verschlossenen Türen“ im Rathaus Dresden.

Ausstellung

Hinter verschlossenen Türen

26. bis 30. September: Borna
5. bis 11. Oktober: Schneeberg
25. November: DGB Dresden, Gewerkschaftshaus
28. November bis 18. Dezember: Evangelische Hochschule Dresden
März 2017: Annaberg-Buchholz

Die Ausstellung kann auch ausgeliehen werden. Mehr Infos unter:

www.ausstellung-gegen-gewalt.de